GROSSER RAT

Oktobersession 2026 2026-120

Anfrage Bardill betreffend Abstimmungs- und Wahlbeteiligung

Das Fundament jeder direkten Demokratie, so auch im Kanton Graubünden, ist das Volk. Mit seinen Stimmen verleiht es der Regierung und dem Grossen Rat die demokratische Legitimation.
Die Stimmbeteiligung in Graubünden ist tief. Heute bewegt sie sich meist unter 50 Prozent. Bei einigen Abstimmungsvorlagen im Herbst 2026 verzeichneten gewisse Gemeinden – darunter Thusis, Schiers, Domat/Ems, Untervaz, Zizers und Cazis – eine Stimmbeteiligung von weniger als 40 Prozent. Der kantonale Durchschnitt lag bei 47 Prozent. Von rund 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern im Kanton sind 140 000 stimmberechtigt. An vielen Abstimmungen beteiligen sich knapp 70 000 Personen: Damit entscheidet regelmässig nur eine Minderheit der Wohnbevölkerung, grob rund ein Drittel, über politische Vorlagen, die alle betreffen.
Hinzu kommt der Befund, dass das Medianalter der effektiv Abstimmenden schweizweit bei 60 Jahren liegt, was die Vermutung nahelegt, dass viele junge Menschen den Zugang zur Politik nicht finden. Politische Entscheidungen werden zunehmend an den Lebensrealitäten eines grossen Teils der Bevölkerung vorbeigehen – sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der demokratischen Repräsentation.
Wir haben ein strukturelles Problem, das nach strukturellen Antworten verlangt. Es braucht Massnahmen, die das politische Interesse fördern, die demokratische Bildung stärken und die Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen der gesamten Bevölkerung erleichtern.

Die Regierung wird deshalb um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wie beurteilt die Regierung die demokratische Legitimation von Abstimmungsresultaten bei einer Stimmbeteiligung von teils deutlich unter 50 Prozent, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
2. Welche Erkenntnisse hat die Regierung über die Ursachen der Nichtbeteiligung, insbesondere bei jungen Erwachsenen?
3. Welche Massnahmen sieht die Regierung, um die Stimm- und Wahlbeteiligung der gesamten Bevölkerung und insbesondere der jungen Generation zu erhöhen?
4. Auf welche Bevölkerungsgruppen kann die politische Teilhabe übertragen werden, damit sich keine mündige Person im Kanton Graubünden von den demokratischen Rechten ausgeschlossen sieht?

Chur, 21. Oktober 2026

Bardill, Collenberg, Kleeb, Bischof, Bisculm Jörg, Brüesch, Cahenzli-Philipp, Crameri (Chur), Das, Dietrich, Epp, Flütsch, Gredig, Kaiser, Kreiliger, Maissen, Messmer, Müller, Nicolay, Perl, Preisig, Roffler (Felsberg), Rusch Nigg, Rutishauser, Schläpfer, Signer, Sunthar, Thöny, Tobler, Ulber, Vassella, Wada, Zogg